



Themen

Seite 1

Kampf gegen Klimawandel

Seite 4

Podiumsdiskussion in Regensburg

Seite 6

Resolution der Vollversammlung

Seite 8

Dreiklang für Klima

Seite 9

Klimaschutz braucht Ziele

Seite 10

Gesamtkonzept für Klima

Seite 11

Warndienst für IT-Sicherheit

Gemeinsamer Kampf gegen Klimawandel

„Der Klimawandel ist vor unserer Haustüre angekommen. Wir spüren und sehen ihn: Hitzewellen und Dürren, Unwetterkatastrophen und Wassermangel sind kein Bild ferner Zukunft und ferner Länder, sondern sind bei uns in Bayern angekommen.“ Mit diesem düsteren Bild begann der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Oberbürgermeister Markus Pannermayr, seine Rede vor der Vollversammlung am 14. Juli beim BAYERISCHEN STÄDTETAG 2022 in Regensburg. Pannermayr zeigte sich aber zugleich hoffnungsvoll und erinnerte an einen kollektiven Kraftakt der Kommunen in der Corona-Pandemie: „Der Klimawandel muss auch vor der eigenen Haustüre bekämpft werden. Wir sind bereit, unseren Anteil zu leisten.“ Städte wollen und können Verantwortung übernehmen für eine nachhaltige Entwicklung.

Die Städte wollen und können verändern. Als Trägerinnen der Planungshoheit stellen sie Weichen für die Siedlungs- und Freiraumentwicklung. Hierfür werden Konzepte erarbeitet und umgesetzt, Ziele definiert und Strategien zur Umsetzung entwickelt. Mit ihren Stadtwerken betätigen Kommunen sich wirtschaftlich, sie sind Energie- und Wasserversorger, sie sichern die Abwasserentsorgung und die Müllabfuhr und sorgen für Mobilität. Städte engagieren sich im sozialen Wohnungsbau, bauen Straßen und Wege. Mit ihrem Handeln übernehmen sie selbst Verantwortung für eine nachhaltige und klimafreundliche Entwicklung.

Die Städte müssen ihr Engagement verstetigen und schützen. „Unser Engagement darf kein Strohfeuer sein, kein Aktionismus für die Schaukasten“, mahnte Pannermayr. „Gleichzeitig müssen wir auf den sozialen Ausgleich achten und darauf schauen, die Gesellschaft zusammen zu halten.“

Pannermayr zog eine Parallele zu Corona: Corona und Klimawandel betrifft alle Menschen,

Impressum

Büro: Prannerstraße 7, 80333 München

Post: Postfach 100254, 80076 München

Telefon: 089 290087-0

E-Mail: post@bay-staedtetag.de

Website: www.bay-staedtetag.de

Verantwortlich für den Inhalt:

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied Bernd Buckenhofer

Redaktion: Dr. Achim Sing

Druck: Offprint, Planegger Straße 121, 81241 München

Gedruckt auf FSC-zertifiziertem Papier



Fortsetzung von Seite 1

trifft aber nicht alle Menschen gleichermaßen. Ziel der Städte sei es, Bürgerinnen und Bürger mitzunehmen, ihnen Sorgen zu nehmen und Zukunft gemeinsam zu gestalten. Deshalb müsse es gelingen, Klimaschutz und Wohlstand nicht als Zielkonflikt, sondern als notwendiges Miteinander zu betrachten. Die individuelle Bereitschaft zur Veränderung werde gestärkt, wenn auch die Wertschöpfung vor Ort verankert bleibt, Nutzen und Lasten zusammentreffen.

Veränderung setzt Handlungsfähigkeit voraus: Bund und Land müssen die Städte in die Lage versetzen, zu handeln. Städte und Gemeinden nehmen Klimaschutz und Klimaanpassung wie eine Pflichtaufgabe wahr. „Klimaschutz ist eine Pflichtaufgabe und sie muss auch gesetzlich so definiert werden, mit klaren Zielen, an denen wir gemeinsam arbeiten können und mit einer dauerhaften und verlässlichen Finanzierungszusage vom Freistaat“, bekräftigte Pannermayr. Der Klimawandel gibt der Politik keine Zeit mehr für Freiwilligkeit und Empfehlungen. Dennoch vermeidet der Entwurf der Staatsregierung zum Klimaschutzgesetz, von Pflichten und Konnexität zu sprechen. „Wir erwarten vom Freistaat einen Anteil. Konnexität heißt nicht, dass wir nicht bereit wären, unseren eigenen Beitrag zu leisten“, unterstrich Pannermayr.

Damit das Geld nicht im Förderdschungel verschwindet, muss das Geld von den Fesseln gelöst werden. Die Städte brauchen Geld in den Maßnahmen und nicht in der Bürokratie des Förderrechts. Die Städte brauchen Handlungsfähigkeit, um Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung ergreifen zu können. Dafür müssen Flächen mobilisiert werden können und verkehrsrechtliche Anordnungen getroffen werden können, sagte Pannermayr: „Wir müssen gemeinsam versuchen, handlungsfähiger und schneller zu werden. Wir fühlen uns aber als gefesselte Treiber.“

Der Vorsitzende Pannermayr zog das Fazit: „Wir sind handlungsfähig, wenn wir die Reihen schließen, wenn wir gemeinsam verändern – verstetigen – schützen“.

Ministerpräsident Dr. Markus Söder schlug vor der Vollversammlung des BAYERISCHEN STÄDTETAGS 2022 in Regensburg einen weiten Bogen und stellte den Klimawandel in den Kontext aktueller Herausforderungen: „Die Lage ist ernst: Eine drohende Gas-Triage, der Klimawandel, Krieg in der Ukraine und Corona sind historische Herausforderungen. Mit dem Spitzenniveau von 10 Milliarden Euro im kommunalen Finanzausgleich stehen wir weiter fest an der Seite der Kommunen.“

Es sei in Krisenzeiten eine besondere Herausforderung, Politik zu machen. Und es sei schwieriger geworden, Politik zu machen, sagte Söder mit Anspielung auf das ruppige Klima in Social Media mit verbalen Angriffen oder persönlichen Beleidigungen von Kommunalpolitikerinnen und Politikern im Rathaus und im Ehrenamt: „Wir müssen zeigen, dass wir ein gemeinsames Team sind im Team Demokratie.“

Demokratie könne auf Dauer nur funktionieren, wenn sich alle politischen Ebenen unterhaken und zusammen handeln, um Krisen gemeinsam zu meistern. Denn, so Söder, „Krise ist keine Einbahnstraße, Krise geht nur gemeinsam.“ Die Bürgerinnen und Bürger würden nicht unterscheiden zwischen Bund, Freistaat und Kommunen. „Im Moment ist die Aufgabe, Krise zu bestehen.“ Daher sei gegenseitiges Zuschieben von Verantwortung keine Lösung, meinte Söder: „Letztlich schultern Landespolitik und Kommunalpolitik die Verantwortung gemeinsam.“

Dies habe die weltweite Corona-Pandemie gezeigt, die insgesamt in Bayern gut bewältigt worden sei im Zusammenwirken von Freistaat und Kommunen. Der Ministerpräsident verwies darauf, dass der Freistaat auch im Jahr 2021 – anders als der Bund – eine große Kraftanstrengung unternommen habe, um Gewerbesteuerausfälle teilweise zu übernehmen und dafür Schulden aufgenommen habe.

Der Freistaat habe auch bei der Integration der Schutzsuchenden aus der Ukraine und im Schulbereich einen kräftigen Anteil übernommen, damit wiederum die Kommunen ihre Aufgaben erfül-

Fortsetzung von Seite 2

len konnten: „Das habt Ihr großartig gemacht“, adressierte Söder an die Vollversammlung des Bayerischen Städtetags.

„Eine Krise kommt, die nächste Krise und wieder eine Krise – es kommt immer wieder ein Hammer drauf“, sagte Söder. Nun konzentriere sich die Herausforderung auf die Energiekrise. Es gebe viele vermeintlich kluge Ideen zum Energiesparen – von der kalten Dusche, vom „Frieren für den Frieden“ bis zur Wärmehalle. Söder warnte davor, immer nur Verzicht zu erklären. Denn damit wachse von Tag zu Tag die Verunsicherung in der Bevölkerung. Wichtiger sei zum Beispiel, die Stadtwerke zu unterstützen: „Wenn die Stadtwerke Pleite gehen würden, würde alles kaputtgehen. Stadtwerke müssen unterstützt werden.“

„Klimaschutz ist die überragende Aufgabe der Zukunft. Kluge Schrittfolgen sind nötig und eine Strategie“, meinte Söder. In der aktuellen Energiekrise aufgrund des Ukraine-Krieges könnten erneuerbare Energien, die erst noch ausgebaut werden müssen, keine schnelle Lösung bieten. Beim Aufstellen von Windenergie-Anlagen, Photovoltaik-Anlagen oder Stromleitungen dürfe das Stadt-Land-Verhältnis nicht leiden. Auf Dauer solle die regenerative Nutzung von Energie in Bayern verdreifacht werden. Dies könne nur mit enger Beteiligung von Bevölkerung und Kommunen zusammen funktionieren. Eine wichtige Rolle spielen dabei die Stadtwerke. Die Wertschöpfung solle in der Region bleiben.

„10H war kein Windkraftbeschleunigungsprogramm“, gestand Söder. Bayern sei „super bei Sonne, Wasser, Geothermie – bei Wind werden wir besser.“ Es müsse je nach Region entschieden werden, welche Form der regenerativen Energiegewinnung besser geeignet sei – eine Windkraftanlage eigne sich nicht überall. Ein Windrad zum Beispiel über den Dächern des Münchner Stadtviertels Haidhausen sei nicht sinnvoll.

Bayern wolle für den Gesamtklimaschutz bis zum Jahr 2040 CO₂-Neutralität als ehrgeiziges langfristiges Ziel erreichen. Auf die Kritik des Bayerischen Städtetags am Klimaschutzgesetz

der Bayerischen Staatsregierung ist der Ministerpräsident nicht näher eingegangen – er verwies auf gemeinsame Gespräche, die nicht zuletzt Umweltminister Thorsten Glauber, der sein Grußwort vor dem Abendempfang des BAYERISCHEN STÄDTETAGS kurzfristig abgesagt hatte, sicher gerne nachholen werde. „Wir sind auf einer Ebene“, versicherte Söder. Der Ministerpräsident sagte gemeinsame Verhandlungen der Staatsregierung mit den kommunalen Spitzenverbänden über Klimaziele zu: „Wir kriegen das gemeinsam hin.“

Kritisch setzte sich Söder mit der in der Resolution (siehe Seite 6f.) der Vollversammlung formulierten Forderung auseinander, dass die Staatsregierung die Bewältigung der Herausforderungen des Klimawandels „als kommunale Pflichtaufgabe begreifen und dementsprechend mit staatlichen Mitteln ausstatten“ müsse. Er sei sich nicht sicher, ob eine formale Verpflichtung der Kommunen zu Klimaschutz das richtige Signal aussende. Denn damit könne eher der Eindruck erweckt werden, dass die Kommunen für Klimaschutz nicht ohne Zwang handeln würden.

Jede Kommune müsse zu ihren Zielen stehen, meinte Söder. Jede Stadt stehe letztlich im Wettbewerb, um ökologischer und nachhaltiger zu agieren oder mit Fläche sparsamer umzugehen. Bei Klimaschutz gebe es unterschiedliche Wege. Jede Stadt, jede Gemeinde müsse ihren eigenen Weg gehen, um die Folgen von steigender Hitze und verstärktem Wassermangel zu meistern.

„Man kann nicht alles mit Pflicht machen“, sagte Söder. Freistaat und Kommunen müssten eine gemeinsame Struktur finden – was sich etwa auch in einer neuen Struktur im kommunalen Finanzausgleich niederschlagen könne. Bereitschaft signalisierte der Ministerpräsident bei einem Kernanliegen des Vorsitzenden Markus Pannermayr: Söder zeigte Verständnis für die Kritik am Förderwust und sagte zu, die geäußerten Kritikpunkte zusammen mit der kommunalen Seite zu prüfen.

Kontakt: florian.gleich@bay-staedtetag.de
achim.sing@bay-staedtetag.de

Podiumsdiskussion beim BAYERISCHEN STÄDTETAG 2022 in Regensburg

Klimawandel in den Städten – Das Ziel ist klar, der Weg noch nicht

Gemeinsamkeiten und Unterschiede – die Podiumsdiskussion zum Tagungsthema der 58. Vollversammlung des Bayerischen Städtetags in Regensburg am 14. Juli 2022 zeigte beides auf. Deutlich war: Es bedarf einer gemeinsamen Anstrengung von Bund, Land, Wirtschaft, Wissenschaft und Kommunen, um den Kampf gegen den Klimawandel und die notwendigen Klimaanpassungsmaßnahmen zu bewältigen. Den Kommunen und ihren Menschen kommt hierbei eine besondere Bedeutung zu. Umso wichtiger ist es, dass die Kommunen bei der Umsetzung der Maßnahmen den notwendigen Gestaltungsspielraum und die erforderliche Finanzierungssicherheit haben. Und die Menschen vor Ort müssen hierbei mitgenommen werden.

Expertinnen und Experten aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft kamen zu der Gesprächsrunde zusammen. In einem von Daniela Arnu vom Bayerischen Rundfunk moderierten Gespräch diskutierten Dr. Simone Linke, Lehrstuhl für energieeffizientes und nachhaltiges Planen und Bauen, Technische Universität München, Gunnar Braun, Geschäftsführer des VKU, Landesgruppe Bayern, Reiner Erben, Referent für Nachhaltigkeit, Umwelt, Klima und Gesundheit der Stadt Augsburg, Dr. Robert Frank, Vorsitzender VDV und Geschäftsführer der Ingolstädter Verkehrsgesellschaft, Max Gotz, Oberbürgermeister der Großen Kreisstadt Erding und Josef Schön, Mitglied des Managements (Unternehmensstrategie) der Audi AG, welche Maßnahmen jetzt möglich und notwendig sind, um Klimaanpassungs- und Klimaschutzmaßnahmen umzusetzen.

Mobilität, Stadtplanung, Energiewende und Klimaanpassung waren die Schwerpunktthemen, mit denen sich die Runde befasste. „Das 9-Euro-Ticket hat eingeschlagen wie eine Bombe“, sagte Frank. Bereits Mitte Juli habe es 30 Millionen Menschen gegeben, die das Ticket genutzt haben; der öffentliche Personennahverkehr sei dadurch mehr im Gespräch. Insgesamt zieht er eine positive Bilanz, verweist aber darauf, dass

es eine Anschlusslösung ab September 2022 geben müsse. Die Branche stehe zum Dialog mit dem Bund bereit.

Ähnlich fiel die Bewertung von Umweltreferent Erben aus, der das 9-Euro-Ticket als „wichtigen Aufschlag“ bezeichnete. Es sei ein erster Schritt von vielen und mehr Schritte seien nötig, um den öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV) in den Städten weiter auszubauen. Ziel sei es, dass der motorisierte Individualverkehr weniger werde. „Wir brauchen eine andere Mobilität“, so Erben. Es gebe andere Möglichkeiten, in die Stadt zu kommen als mit dem PKW. Nötig sei eine aktive Überzeugungsarbeit, um die Menschen bei diesem Wandel mitzunehmen.

Völlig anders ordnete Oberbürgermeister Gotz das 9-Euro-Ticket ein. Es sei die falsche Maßnahme, auch wenn hierdurch der ÖPNV in den Fokus rücke. Besser wäre, in die Infrastruktur zu investieren. Durch kurzfristige Maßnahmen wie dem 9-Euro-Ticket entstünden Tarifwirrwarr, fehlende Kapazitäten und Überfüllung, die nicht zu einer Akzeptanz bei den Menschen führt. Eine Förderung des ÖPNV sei zwar grundsätzlich gut, aber sie dürfe nicht so billig ausfallen. Es dürfe nicht nur Zuschussprojekte geben. „Der Betrieb muss kostendeckend sein“, forderte Gotz.

Intensiv diskutierten Teilnehmer die Fragen zur E-Mobilität. Ob es zukünftig nur noch kleine E-Autos geben würde, die erschwinglich sind, wollte Moderatorin Arnu wissen. Schön verwies darauf, dass hier nur vordergründig ein Zielkonflikt bestehe. Ob ein Geschäftsmodell erfolgreich sei, hänge auch von den bestehenden Rahmenbedingungen ab, die verlässlich sein müssten. Planung und Bau neuer Modelle sei immer langfristig ausgelegt. „Es bedarf geeigneter Rahmenbedingungen für Autos, die auch in die Stadt kommen“, so Schön. Und er verwies darauf, dass es neben der Produktion von E-Autos auf die Infrastruktur ankomme. Die Verantwortung dürfe nicht alleine in die industrielle Ecke geschoben werden.

Fortsetzung von Seite 4

Braun verwies für den Verband kommunaler Unternehmen darauf, dass es schon eine Vielzahl von innovativen Projekten auf kommunaler Ebene gebe, mit der die E-Mobilität nach vorne gebracht werde. Positiv hob er das Carsharingangebot der Augsburger Stadtwerke hervor. In der Woche werde die E-Flotte von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern genutzt, am Wochenende stehen die E-Autos auch den Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung. Braun hob hervor, dass es auch um die Infrastruktur geht und die kommunalen Unternehmen berechtigt sein müssten, Ladeinfrastruktur zu betreiben und das notwendige rechtliche Regelwerk hierfür – auch auf EU-Ebene – geschaffen werden müsste. „Laden muss auch im öffentlichen Raum möglich sein“, so Braun.

Die Mobilität sei auch Thema in jedem Gespräch über die Stadtentwicklung, stellte Linke klar. Und man könne nicht warten, bis jeder freiwillig mitmache. Der ruhende Verkehr sei ein Platzfresser, der dringend für städtebauliche Klimaanpassungsmaßnahmen benötigt werde, um extremen Wetterereignissen wie Starkregen begegnen zu können. Nötig seien rechtliche Vorgaben, um den Kommunen die notwendige Rückendeckung zu geben. „Wir können heute unsere Städte klimaresilient und sozial gerecht umbauen – wir müssen nicht warten, bis Extremwetterereignisse sie zerstören“, so Linke in ihrem Eingangsstatement.

Gotz teilte diese Auffassung und fragte: „Woher sollen die Flächen sonst kommen?“ Wie komplex hier die Zusammenhänge sind, stellte Braun klar, indem er darlegte, dass der Städtebau auch direkte Auswirkungen auf den Wasserhaushalt haben kann. Sind keine Flächen vorhanden, in denen das Wasser versickern kann, gelangt das Wasser direkt in die Kanalisation. „Es fehlt dann im Wasserhaushalt“, so Braun.

Einig waren sich die Diskussionsteilnehmer, dass der Fachkräftemangel in allen Bereichen ein Problem darstelle. Im Bereich der Stadtplanung sollte das Ausbildungsangebot in Bayern verbessert und angepasst werden. Um den Fachkräftemangel im ÖPNV zu beenden, forderte Frank, 50 Prozent mehr Ausbildungsangebote bis 2030 zu

schaffen. Und auch eine qualifizierte Zuwanderung sieht er in diesem Zusammenhang als eine weitere Möglichkeit.

Und wie können die Menschen bei dem Umstellungsprozess mitgenommen werden? Man müsse die Menschen befähigen, selbst zu handeln. Und deshalb müsse die Vermittlungsarbeit auf allen Ebenen verbessert werden. Gotz sah die Notwendigkeit, das Thema in die Lehrpläne zu integrieren. Dieser Gedanke sei zwar richtig, erwiderte Braun, aber im Hinblick auf den Zeithorizont, der sofortiges Handeln erforderlich mache, könnten wir nicht alleine in den Schulen anfangen. Er forderte, auch in Unternehmen fortzubilden.

Am Ende der Debatte wandten sich die Podiumsteilnehmer dem Thema Energie und Energieeinsparung zu. Braun sah den Schlüssel für kurzfristige Effekte vor allem in der Energieeinsparung. Hier gelte es aber noch, rechtliche Hemmnisse zu beseitigen. „Wir benötigen eine einheitliche Grundlage der CO₂-Bilanzierung“, forderte Erben. Und daher sei auch die Klarstellung erforderlich, dass der Klimaschutz und die Energiewende eine kommunale Pflichtaufgabe sind, die es im Hinblick auf die bestehende Konnexität von Seiten des Freistaats zu finanzieren gilt.

Wie wichtig das kommunale Selbstverwaltungsrecht hierbei ist, hatte Oberbürgermeister Gotz bereits in seinem Eingangsstatement zusammengefasst: „Die noch nicht überschaubaren Notwendigkeiten zur Sicherheit der Energieversorgung für unser Land dürfen nicht auf Kosten der kommunalen Planungshoheit gehen.“

Kontakt: noel.friedrich@bay-staedtetag.de

Resolution der Vollversammlung
des BAYERISCHEN STÄDTETAGS am 13. Juli 2022 in Regensburg

**Die Städte im Klimawandel:
Der Klimaschutz funktioniert nur mit
handlungsfähigen Kommunen!**

Der Klimawandel ist die größte Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Städte und Gemeinden sehen sich bei Klimaschutz und Klimaanpassung vor Ort in hoher faktischer Verpflichtung und Selbstverantwortung. Zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern möchten Städte und Gemeinden vorangehen und innerhalb ihres allseitigen Wirkungskreises einen zentralen Beitrag dazu leisten, die Klimaziele zu erreichen.

Der Angriff Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022 rückt neben dem fortschreitenden Klimawandel noch viel deutlicher als bisher Fragen der Versorgungssicherheit und der Bezahlbarkeit der Energie für Wirtschaft sowie Verbraucherinnen und Verbraucher in den Vordergrund. Es bedarf einer neuen gesellschaftlichen Anstrengung für die Unabhängigkeit Deutschlands von Lieferungen fossiler Energien (Öl, Gas und Kohle) aus dem Ausland sowie zum forcierten Ausbau aller erneuerbaren Energien und der für Klimaneutralität notwendigen Infrastrukturen.

Klimaschutz und Klimaanpassung finden überwiegend im eigenen Haus und vor der eigenen Haustüre statt – das gilt für alle politischen Ebenen, für die Wirtschaft und für die Gesellschaft. Dort möchten die Städte und Gemeinden Dinge verändern und verbessern, verstetigen und schützen. Ohne Akzeptanz vor Ort wird die Energiewende nicht gelingen.

Der Aktionsradius der Städte und Gemeinden ist aber räumlich durch das Stadt- oder Gemeindegebiet und sachlich durch die Zuständigkeitsordnung des Grundgesetzes, der Bayerischen Verfassung und der Gemeindeordnung sowie durch die kommunale Leistungsfähigkeit begrenzt.

Im Tagungspapier „Die Städte im Klimawandel“ werden die vielen Werkzeuge beschrieben, derer sich die Städte und Gemeinden bedienen. In dieser Resolution der Vollversammlung des BAYERISCHEN STÄDTETAGS 2022 in Regensburg wenden sich die Städte und Gemeinden an Bund und Land:

- (1) Die Staatsregierung muss die Bewältigung der Herausforderungen des Klimawandels als kommunale Pflichtaufgabe begreifen und entsprechend mit staatlichen Mitteln ausstatten.

Städte und Gemeinden nehmen die Aufgaben des Klimaschutzes und der Klimaanpassung seit langem inhaltlich wie eine Pflichtaufgabe wahr. Diese faktische Verpflichtung überlagert die kommunalrechtliche Differenzierung zwischen sogenannten freiwilligen Aufgaben und Pflichtaufgaben und zwingt im Einzelfall Aufsichtsbehörden zu einer abweichenden Bewertung. Die Novelle des bayerischen Klimaschutzgesetzes muss dieser Praxis Rechnung tragen und die Städte und Gemeinden zu bestimmten Aufgaben im Bereich des Klimaschutzes und der Klimaanpassung auch förmlich verpflichten. Dazu gehört zwingend, dass der Freistaat nach den Grundsätzen des Konnexitätsprinzips der Bayerischen Verfassung auch eine entsprechende Kostenfolgeschätzung vorlegt, mit dem Ziel, den Kommunen für diese Aufgaben nicht nur einzelne Förderprogramme anzubieten, sondern vielmehr eine Kostenerstattung zu gewähren.

Fortsetzung von Seite 6

- (2) Notwendig ist ein neues Klimaschutz- und Klimaanpassungsfinanzierungsgesetz des Bundes, das den Kommunen eine adäquate und dauerhafte Finanzierung der Maßnahmen sichert. Die Inanspruchnahme dieser Mittel muss uneingeschränkt möglich sein und von Ausschlusskriterien, wie etwa Einwohnerzahlen oder kommunaler Finanzkraft, entkoppelt werden.
- (3) Notwendig ist ein konsistentes nationales Konzept zur Erreichung der Klimaziele bis 2045 (Bund) bzw. bis 2040 (Freistaat Bayern), aus dem die Rahmenbedingungen für die Kommunen sowie ihre Finanzierung deutlich werden, z. B. Verfügbarkeit von Wasserstoff, Ausbaupfade bei den erneuerbaren Energien, Umbau der Gasnetze, Verbot von Heizungen auf fossiler Basis und Ausrichtung des Rechts- und Förderrahmens hierauf.
- (4) Dauerhafter Klimaschutz setzt eine erfolgreiche Energie-, Wärme- und Kältewende voraus: Neben dem raschen Ausbau erneuerbarer Energien und der Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren unter Wahrung der kommunalen Planungshoheit muss die Energiewende sektorenübergreifend betrachtet werden. Sie beinhaltet neben einer Stromwende eine Wärme- und Kältewende. Die Energieeinsparung ist wesentliche Voraussetzung für das Gelingen der Energiewende.

BAYERISCHER STÄDTETAG 2022

Die Städte im Klimawandel

am 13. und 14. Juli 2022 in Regensburg

Der BAYERISCHE STÄDTETAG 2022 hat sich in seiner Vollversammlung am 13. und 14. Juli 2022 in Regensburg mit Klimaschutz und Klimaanpassung befasst.

Zur fachlichen Begleitung der Tagung hat die Geschäftsstelle zusammen mit Expertinnen und Experten aus Kommunalpolitik und Kommunalverwaltungen ein Tagungspapier verfasst, das eine kurze Bestandsaufnahme unternimmt und anhand von Beispielen aus der Praxis Anregungen liefert. Umrissen sind die rechtlichen Rahmenbedingungen, die Handlungsfelder zur Bekämpfung des Klimawandels mit Maßnahmen zu Klimaschutz und Klimaanpassung. Das Tagungspapier liefert eine Grundlage für Diskussionen und gibt Anregungen für die Praxis. Neben Handlungsempfehlungen für Städte und Gemeinden stellt das Papier Forderungen an Bund und Land auf.

Das Tagungspapier „Die Städte im Klimawandel“ steht im Internet zum Herunterladen bereit unter:

www.bay-staedtetag.de

Pannermayr: Klimaschutz funktioniert nur mit verlässlicher Finanzausstattung

Dreiklang für Klimaschutz aus Verändern – Verstetigen – Schützen

Klimawandel ist kein abstrakter Begriff. Klimawandel ist uns nahe gerückt und bedroht unsere Lebensgrundlagen, erläutert der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Straubings Oberbürgermeister Markus Pannermayr: „Unsere Städte leiden unter den Folgen: Wir spüren den Klimawandel auf der Haut und erleiden Hitzestress. Trockene Sommer mit Monaten ohne einen Regentropfen lassen Grünanlagen, Spielplätze und Parks mit Bäumen verdorren.“ Auch in Bayern steigt die Gefahr von Waldbränden und sinken die Grundwasserspiegel. Die Zahl der Kommunen in Bayern, die mit Überschwemmungen, Hagelschauern und Starkregen zu kämpfen haben, wächst von Jahr zu Jahr. Unwetter können jederzeit die eigene Stadt oder das eigene Haus treffen.

Pannermayr: „Wir dürfen nicht darauf warten, bis andere Maßnahmen ergreifen – wir müssen selbst handeln. Der Klimawandel ist vor der Haustür zu spüren und gegen den Klimawandel müssen wir vor unserer Haustür kehren. Jeder Mensch ist als Individuum gefordert, Städte und Gemeinden sind gefragt. Veränderung gelingt nicht allein. Nötig ist die Bereitschaft, selbst und im Schulterschluss mit anderen Akteuren zu handeln.“ Städte und Gemeinden tragen innerhalb ihres Wirkungskreises viel zu Klimaschutz und Klimaanpassung bei, können aber viele ehrgeizig gesetzte Erwartungen nicht erfüllen, wenn ihnen wirksame Instrumente und Möglichkeiten fehlen, sagt Pannermayr: „Kommunen sind nur ein Akteur unter vielen. Sie benötigen für Klimaschutz und Klimaanpassung die Unterstützung von Bund und Freistaat. Städte und Gemeinden brauchen rechtliche Instrumente und einen verlässlichen finanziellen Gestaltungsrahmen. Die Rahmenbedingungen, die Bund und Freistaat setzen, müssen stimmen.“

Pannermayr formuliert als „Leitmotiv für Klimaschutz in Kommunen einen Dreiklang aus Verändern – Verstetigen – Schützen. Veränderungen führen zum Erfolg, wenn positive Effekte verstetigt und geschützt werden. Ein Weiter-So gibt es nicht.“ Verstetigen bedeutet, dass laufende kommunale Maßnahmen zu Klimaschutz und Klimaanpassung weiterverfolgt werden.

Neue Maßnahmen müssen auf Dauer angelegt sein. Pannermayr: „Alle Akteure aus Wirtschaft, Industrie, Verkehr, Energie und Gesellschaft müssen im Schulterschluss daran arbeiten, um Klimawandel einzudämmen und Maßnahmen zur Klimaanpassung anzupacken.“

Ein Instrument für klimagerechten Städtebau ist die grüne Infrastruktur mit Parks, Bäumen, Straßengrün, Grüngürteln, begrünten Fassaden und Dächern, Friedhöfen, Kleingärten, Spielplätzen, Sportplätzen und Hinterhöfen. Hilfreich kann ein Hitzeschutz-Konzept wirken. Stadt-grün schafft einen Beitrag für mehr Klimaneutralität, speichert CO₂, mildert die Folgen von Hitze und Starkregen. Pannermayr: „Jede Stadt ist anders. Daher gibt es keine Blaupause für klimagerechten Stadtumbau. Klimaschutz und Klimaanpassung funktionieren eher im Quartier als in einzelnen Gebäuden: In historischen Altstädten mit Baudenkmälern stellen sich andere Voraussetzungen als in Wohnvierteln der 1960er Jahre: Siedlungen samt Grünanlagen ermöglichen Durchlüftung und Vernetzung von grüner Infrastruktur, woraus sich Chancen zur Speicherung von Regenwasser nach dem Prinzip der Schwammstadt bieten.“ Grüne, blaue und graue Infrastruktur müssen stärker abgestimmt werden – etwa mit Öffnung von Stadtbächen, durchlässiger Pflasterung von Plätzen und Wegen, die mit Bäumen gesäumt werden.

Pannermayr: „Städte und Gemeinden benötigen wirksame Instrumente, um mit Konzepten und Investitionen konsequenter handeln zu können. Dazu gehören straffere Planfeststellungsverfahren, rechtssichere Anordnungsmöglichkeiten für eine solare Baupflicht. Die Instrumente für den quartiersbezogenen klimaresilienten Stadtumbau sind unzureichend.“ So wie Städte im Zuge ihrer Planungshoheit die Belange von Klimaschutz und Klimaanpassung zu integrieren haben, müssen das Bau- und Planungsrecht und Förderprogramme klimaorientiert ausgerichtet werden. Gemeindliche Vorkaufsrechte und das Sanierungsrecht für einen strategischen, klimagerechten Stadtumbau müssen geschärft werden.

Kontakt: achim.sing@bay-staedtetag.de

Dr. Jung: Klimaschutz benötigt überörtliche Steuerung und klare Ziele

Die Rahmenbedingungen für den Klimaschutz müssen passen

Kommunen sind im Klimaschutz schon seit langem unterwegs. Sie übernehmen Verantwortung für eine nachhaltige und klimafreundliche Entwicklung, erläutert der 1. stellvertretende Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, der Fürther Oberbürgermeister Dr. Thomas Jung: „Städte und Gemeinden sind sich ihrer Vorbildfunktion für Wirtschaft und Gesellschaft bewusst. Allerdings gehört die selbstkritische Erkenntnis dazu, dass trotz vieler einzelner Aktivitäten insgesamt noch zu wenig geschieht und mehr Anstrengungen von allen Akteuren nötig sind. Kommunen sind ein Akteur unter vielen. Die Fülle der Herausforderungen und Aufgaben ist enorm. Klimaschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, betrifft alle Ebenen von EU bis zu Bund und Land. Die Rahmenbedingungen müssen passen, damit Kommunen tatsächlich aktiv werden können.“

Bund und Freistaat müssen Klimaschutz und Klimaanpassung als kommunale Pflichtaufgaben verstehen und müssen eine auskömmliche staatliche Finanzierung sicherstellen, unterstreicht Jung: „Es genügt nicht, wenn Bund und Freistaat immer neue spezialisierte Förderprogramme auflegen. Das ist gut gemeint und in Teilbereichen hilfreich, aber letztlich wegen der kleinteiligen Förderstruktur nur jeweils ein Tropfen auf den heißen Stein. Da Richtlinien von Sonderförderprogrammen komplex sind, führt dies zu umfangreichen und langwierigen Antragsverfahren. Notwendig ist ein verlässlicher Finanzrahmen, damit Kommunen für Klimaschutz und Klimaanpassung konsequent handeln können.“

Die Städte fordern ein Klimaschutz- und Klimaanpassungsfinanzierungsgesetz des Bundes, das den Kommunen eine adäquate und dauerhafte Finanzierung der Maßnahmen sichert. Die Bayerische Staatsregierung muss die Bewältigung des Klimawandels als kommunale Pflichtaufgabe begreifen und mit staatlichen Mitteln ausstatten – hier gilt das Konnexitätsprinzip: Wer anschafft, muss auch bezahlen. Die Novelle des bayerischen Klimaschutzgesetzes muss dieser faktischen Verpflichtung Rechnung tragen.

Der Rahmen muss fest gefügt sein, sagt Jung: „Klimaschutz und Klimaanpassung erfordern überörtliche Steuerung und klare Zielvorgaben. Notwendig ist ein konsistentes Konzept auf Bundes- und Landesebene zur Erreichung der Klimaziele, aus dem die Rahmenbedingungen für die Kommunen deutlich werden, etwa Verfügbarkeit von Wasserstoff, Ausbaupfade bei erneuerbaren Energien, Umbau der Gasnetze, Verbot von fossilen Heizungen und Anpassung des Rechts- und Förderrahmens.“

Die Vielseitigkeit des gemeindlichen Wirkungskreises macht Städte und Gemeinden zu wichtigen Akteuren des Klimawandels. Die Vielseitigkeit der Instrumente sorgt bei Kommunen für die Verantwortung, diese Möglichkeiten mit Leben zu füllen.

Allerdings sind die Spielräume eng, erläutert Jung: „Der Aktionsradius der Städte und Gemeinden ist räumlich auf das Stadt- oder Gemeindegebiet begrenzt. Er ist sachlich durch die Zuständigkeitsordnung des Grundgesetzes, der Bayerischen Verfassung und der Gemeindeordnung sowie durch die kommunale Leistungsfähigkeit begrenzt. Bereits innerhalb des eigenen Aktionsradius fehlen den Städten und Gemeinden oft wirksame Instrumente, um mit Konzepten und Investitionen noch konsequenter vorzugehen.“

Lange Planfeststellungsverfahren und komplexe Förderbestimmungen bremsen den Ausbau der Schieneninfrastruktur, Hürden in der Straßenverkehrsordnung die Anordnung von Tempo-30-Zonen. Ständig neue vergaberechtliche Ziele, etwa zur Energieeffizienz, sind nachvollziehbar und gut gemeint, erzeugen aber eine zu hohe Komplexität und einen riesigen Verwaltungsaufwand. Daher sollten EU, Bund und Freistaat die Komplexität des Vergaberechts reduzieren.

Kontakt: achim.sing@bay-staedtetag.de

Loth: Regeln und Gesetze werden in Städten und Gemeinden umgesetzt

Einzelmaßnahmen im Klimaschutz müssen sich in ein Ganzes fügen

Städte und Gemeinden möchten Vorbild sein, sie wollen alle Bürgerinnen und Bürger im Dialog mitnehmen, um Zukunft gemeinsam zu gestalten. Dazu gehört, Klimaschutz und Wohlstand nicht als Zielkonflikt, sondern als notwendiges Miteinander zu betrachten. Klimaschutz und Klimaanpassung gelingen nur im engen Zusammenspiel aller politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kräfte, sagt der 2. stellvertretende Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, der Weilheimer Bürgermeister Markus Loth: „Klimaschutz geschieht vor der Haustüre und wird vor der eigenen Haustüre für Menschen sichtbar und erlebbar. Denn Entscheidungen und Gesetze, die abstrakt auf Ebene von EU, Bund und Freistaat gefasst worden sind, müssen auf kommunaler Ebene in die Tat umgesetzt werden. Was im Großen abstrakt klingt, lässt sich im konkreten Beispiel des Heimatortes erfahren. Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit müssen Hand in Hand gehen. Gesellschaftliche Auswirkungen müssen im Blick bleiben, um alle Teile des Gemeinwesens von jung bis alt zu hören, mitzunehmen und zu schützen.“

In Städten und Gemeinden erfolgen etwa Vorgaben zu Baugebieten, zu Grünflächen und Mobilitätsräumen, sagt Loth: „In vielen Kommunen werden zum Beispiel Klimaschutzkonzepte formuliert, die Meilensteine sind, um kommunales Handeln für Klimaschutz und Klimaanpassung zu verändern oder zu verstetigen – jeder Ort ist anders, hat andere Voraussetzungen und Wirtschaftsstrukturen. Patentrezepte liegen nicht vor. Jeder Ort findet seinen Weg – etwa mit Carsharing, Radwegekonzepten, elektrischen Stadtbusen oder einem Energienutzungsplan.“ Städte können die Kreativität der Gesellschaft nutzen, um Strategien für eine nachhaltige Veränderung umzusetzen.

Als Trägerinnen der Planungshoheit stellen Kommunen Weichen für die Siedlungs- und Freiraumentwicklung. In vielen Städten sind Klimaschutzkonzepte wichtige Meilensteine der Veränderung und der Verstetigung des kommunalen Handelns. Möglichkeiten der Beteiligung

für Bewohner, Grund- und Gebäudeeigentümer, Gewerbetreibende, Handwerk und Handel bieten sich über Plattformen, etwa über kommunale Klimaräte oder Runde Tische als beratende Gremien. Loth: „Einzelmaßnahmen sollten sich letztlich in ein großes Ganzes fügen, um eine kommunale Klimaschutzstrategie zum Erfolg zu führen.“

Städte und Gemeinden sind Auftraggeber und Leistungserbringer. Mit ihren Stadt- und Gemeindegewerken betätigen sie sich wirtschaftlich, sind Energie- und Wasserversorger, sorgen für Mobilität, sichern Abwasserentsorgung und Müllabfuhr. Städte und Gemeinden engagieren sich im sozialen Wohnungsbau, bauen Straßen und Wege. Um solche Ziele, die auf viele Ressorts verteilt sind, besser zu erreichen, haben manche Städte und Gemeinden, wie etwa Weilheim i.OB, eine Klimaschutzmanagerin eingestellt. Damit sollen innerhalb der Stadtverwaltung mehr Kooperationen einzelner Ressorts erfolgen, die Bürgerschaft eingebunden werden, Gewerbe, Handwerk und Industrie ins Boot geholt werden.

Darüber hinaus geht es um eine ganzheitliche Analyse von Klimaschutzpotentialen in einer Stadt. Dies mündet etwa in die Erstellung einer stadtweiten CO₂-Bilanz und einen Energienutzungsplan, in dem konkrete Maßnahmen wie die Umstellung auf LED-Leuchten an öffentlichen Plätzen und Straßen formuliert werden. Schließlich geht es darum, dass die Menschen bisherige Verhaltensweisen kritisch prüfen und gewohnte Handlungsmuster verlassen. Der Bewusstseinswandel funktioniert über Aktionen für die Bürgerschaft, Umweltbildung und Bildungsarbeit an Schulen. Aktionen wie zum Beispiel das Pflanzen von Beeresträuchern, Obstbäumen oder Hochbeeten dienen dazu, mehr Sensibilität für Artenschutz zu wecken. Gemeinden suchen den Schulterschluss – etwa mit Klimaräten oder Aktionen für kleinere Photovoltaik-Module auf Balkonen. Loth: „Die Ansätze sind vielfältig, um zu zeigen, mit welchen Mitteln jeder Mensch im Alltag zu mehr Klimaschutz beitragen kann. Das ist bisweilen mühselig, aber es lohnt sich.“

Kontakt: achim.sing@bay-staedtetag.de

IT-Sicherheit – Warndienst des Bayerischen Landesamts

Neues kostenfreies Portal für Sicherheit in der Informationstechnik

Die Digitale Welt ist fester Bestandteil unseres Alltags. Daher gilt es, die IT-Systeme bestmöglich zu schützen und diesen Schutz ständig weiterzuentwickeln. Entscheidend ist im Ernstfall oft die Geschwindigkeit, mit der potentielle Sicherheitslücken geschlossen werden und auf Gefährdungslagen reagiert wird.

Seit 6. Juli 2022 betreibt das Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (LSI) ein Web-Portal, das den bayerischen Kommunen kostenfrei zur Verfügung steht. Mit diesem neuen Portal für den Warn- und Informationsdienst (WID) des LSI haben Kommunen die Möglichkeit, sich schnell, zielgerichtet und umfassend über Sicherheitslücken, Risiken und die neuesten Gefährdungslagen zu informieren und so ihre Daten noch besser zu schützen.

Die Kommunen können sich im WID-Portal als zentralem Steuerinstrument aus über 1.200 IT-Produkten und damit verbundenen Warnmeldungen (Security-Advisories) ein individuelles Informations-Abonnement zusammenstellen.

Die im Web-Portal gelisteten Security Advisories beziehen sich auf Schwachstellen in Soft- und Hardwareprodukten. Bestehen in der Kommune verteilte Zuständigkeiten oder sind unterschiedliche Dienstleister beauftragt, können diese abgebildet werden. So erhalten zielgerichtet nur die jeweils zuständigen Administratoren die Warnmeldungen.

Neben den Security-Advisories bekommen die kommunalen Benutzer des Portals individuelle Warnmeldungen zu Gefährdungslagen mit sehr hoher kommunaler Kritikalität. Neben grundlegenden Informationen enthalten die Warnmeldungen Maßnahmen zur Behebung der Sicherheitslücken oder reaktive Handlungsempfehlungen zur Schadensbegrenzung.

Möglich machen dies die IT Sicherheitsexperten am LSI: Diese sichten, analysieren und bewerten Informationen aus eigenen sowie zahlrei-

chen externen Quellen und erstellen auf diesen Grundlagen tagesaktuelle Warnmeldungen und Handlungsempfehlungen.

Im WID-Portal wurden alle bayerischen Kommunen bereits erfasst und es wurde ein Registrierungslink an die bayerischen Kommunen versandt. Sofern Informationssicherheitsbeauftragte bereits beim LSI registriert waren, wurden diese direkt adressiert.

Weitere Angebote des LSI für die bayerischen Kommunen bestehen in Form von Beratungen, insbesondere zu sicherer IT-Infrastruktur, Organisation der IT-Sicherheit, Sicherheitsrichtlinien, Informationssicherheitsmanagementsysteme, Audits und Zertifizierungen, Awareness-Kampagnen, Penetrationstests und Notfallmanagement.

Interessierte Kommunen können sich bei Fragen rund um die Registrierung für WID sowie in allen Beratungsanfragen zur IT-Sicherheit jederzeit an das LSI wenden unter:

Beratung-Kommunen@lsi.bayern.de

Web-Portal: <https://wid.lsi.bayern.de/>

Kontakt: markus.seemueller@bay-staedtetag.de

Persönliche Nachrichten

Ehrungen:

Die Kommunale Verdienstmedaille in Silber erhielten:

Oberbürgermeister **Markus Pannermayr**, Stadt Straubing, Vorsitzender des Bayerischen Städtetags

Oberbürgermeister **Andreas Haas**, Stadt Germering

Erster Bürgermeister a. D. **Helmut Haider**, Stadt Vilsbiburg

Erster Bürgermeister **Franz Stahl**, Stadt Tirschenreuth

Geburtstage:

Im Juli 2022 feiern

den 50. Geburtstag

Oberbürgermeisterin **Eva Döhla**, Hof

Erster Bürgermeister **Alexander Dorr**, Freystadt

Erster Bürgermeister **Matthias Seitz**, Windsbach

Forstdirektor **Jan Linder**, Gotzing – Mitglied im Forstausschuss des Bayerischen Städtetags

den 60. Geburtstag

Berufsm. Stadträtin **Christine Schimpfermann**, Regensburg – Mitglied im Bau- und Planungsausschuss des Bayerischen Städtetags

den 65. Geburtstag

Peter Krappmann, Vorstand des Klinikums Fürth

Erster Bürgermeister **Jürgen Fundke**, Bad Griesbach i. Rottal

Direktor a. D. **Thomas Kostenbader** – Bayerischer Städtetag

Im August 2022 feiern

den 50. Geburtstag

Erster Bürgermeister **Peter Köstler**, Gräfelfing

den 60. Geburtstag

Stadtdirektor **Dr. Meinhard Gruber**, Aschaffenburg – Mitglied im Verwaltungs- und Rechtsausschuss des Bayerischen Städtetags

Jugendamtsleiter **Christian Meixner**, Rosenheim – Mitglied im Sozialausschuss des Bayerischen Städtetags

den 65. Geburtstag

Erster Bürgermeister **Rudolph Haux**, Krailling

den 80. Geburtstag

Erster Bürgermeister a. D. **Franz Xaver Stierstorfer**, Geiselhöring



Informationsbrief elektronisch

Sie können den Informationsbrief auch als pdf elektronisch beziehen: Unter www.bay-staedtetag.de gehen Sie unter Presse und Veröffentlichungen auf „Informationsbriefe“, klicken „Elektronisches Abo“ an und fügen Ihre E-mail-Adresse ein.

Programmstart des Städtifestivals Kunst.Klima.Kunst

Ein Festival der Künste zum Klima findet in 20 bayerischen Städten vom Sommer 2022 bis zum Sommer 2023 statt. Der Verein STADTKULTUR Netzwerk Bayerischer Städte hat diese Reihe initiiert und schafft eine Veranstaltungs- und Diskussionsplattform. Schirmherr des Festivals ist der Bayerische Staatsminister für Wissenschaft und Kunst. Den Auftakt der Festivalreihe macht die Stadt Augsburg am 28.07.2022 mit „Water & Sound“. Die Stadt Kempten inszeniert in der Kunstnacht (24.09.2022) „Lebendige Bibliothek für Nature Writing“. Mit „Stadtnatur und Kulturlandschaft. Wovon wir leben“ in der Evangelischen Akademie Tutzing (14.-16.10.2022) befasst sich eine Tagung. Unter dem Titel „Literature for Future?“ hat das Netzwerk STADTKULTUR den Nachwuchswettbewerb LITERATUR UPDATE zum sechsten Mal ausgeschrieben und präsentiert die prämierten Essays in Regensburg (16.11.2022). Der Kunstverein Weiden zeigt „Fruga Art Trail“ (08.07.-21.08.2022) und die Stadt Nürnberg hat mit ihrer Reihe „11xGRÜN“ das Thema Nachhaltigkeit in den Blick gerückt.

Wie eine klimaverträgliche Kulturveranstaltung funktionieren könnte, zeigt das Musikfestival „Ton ohne Strom“ der Stadt Ansbach, das ohne Verstärker und wenigkünstlichem Licht abläuft. Mit den betriebsökologischen Produktionsbedingungen setzen sich in Aschaffenburg die Unterfränkischen Kulturtage „kunst ›kultur‹ klima“ auseinander, das „Ander Art Festival“ der Stadt München (24.09.2022) erstellt einen Leitfaden für klimafreundliche Veranstaltungen. Wie sich innerhalb einer Stadtverwaltung eine klimafreundliche Festivalplanung organisieren und finanzieren lässt, ist Thema der Schulungsreihe „Kulturarbeit im Klimawandel“. Das offene Festivalformat erlaubt die fortlaufende Entwicklung weiterer Veranstaltungsformate und Themen. Mit dabei sind bisher Ansbach, Aschaffenburg, Augsburg, Bobingen, Friedberg, Ingolstadt, Kempten, Marktheidenfeld, München, Nürnberg, Regensburg, Scheyern, Traunreut, Traunstein, Vohburg, Weiden und Würzburg sowie vom Werkbund Bayern. Das ständig aktualisierte Programm findet sich unter: www.klimakunst.net

Kontakt: christina.madenach@ingolstadt.de

Termine (alle Termine stehen unter Vorbehalt der weiteren Entwicklung der Corona-Pandemie)

25./26.07.2022	Arbeitskreis Stadtgrün in Forchheim
26.07.2022	Personal- und Organisationsausschuss in Augsburg
23.09.2022	Schulausschuss
27.09.2022	Ausschuss der kreisangehörigen Verbandsmitglieder in München
04.10.2022	Verwaltungs- und Rechtsausschuss
06.10.2022	Bezirksversammlung Oberfranken in Helmbrechts
06.10.2022	Arbeitskreis Militärkonversion in Schweinfurt
07.10.2022	Bezirksversammlung Unterfranken in Königsberg i. Bayern
07.10.2022	Arbeitskreis Personal in Holzhausen a. Ammersee
10.10.2022	Erfahrungsaustausch der Geschäfts- und Hauptamtsleiter/Innen der Großen Kreisstädte und Großen Delegationsgemeinden
13./14.10.2022	Sportausschuss in Regensburg

13./14.10.2022	Arbeitsgemeinschaft der Großen Kreisstädte in Fürstenfeldbruck
17.10.2022	Bezirksversammlung Schwaben in Memmingen
17.10.2022	Wirtschafts- und Verkehrsausschuss in Cham
18.10.2022	Bezirksversammlung Niederbayern in Landau a.d. Isar
18.10.2022	Sozialausschuss
19.10.2022	Umweltausschuss in Gersthofen
20.10.2022	Arbeitsgemeinschaft Kommunale Entwicklungspolitik in Nürnberg
20.10.2022	Forstausschuss in München
20.10.2022	Arbeitskreis Finanzen in München
21.10.2022	Finanzausschuss in München
21.10.2022	Bezirksversammlung Oberpfalz in Sulzbach-Rosenberg
24.10.2022	Bezirksversammlung Oberbayern vsl. in Unterhaching
25.10.2022	Arbeitskreis Stadtarchive in München
26.10.2022	Arbeitskreis Planen und Bauen vsl. in München
27.10.2022	Arbeitskreis Steuern in Weißenburg i. Bayern
09./10.11.2022	Vorstandssitzung in Brüssel
17.11.2022	Bezirksversammlung Mittelfranken in Gunzenhausen

Termine 2023:

07.02.2023	Vorstandssitzung in München
09.02.2023	Pressekonferenz in München
09./10.05.2023	Vorstandssitzung in Berlin
11.05.2023	Pressekonferenz in München
11.07.2023	Vorstandssitzung in Erlangen
12.07.2023	Pressekonferenz in Erlangen
12./13.07.2023	Vorstandssitzung in Regensburg
13.07.2023	Pressekonferenz in Regensburg
12./13.07.2023	BAYERISCHER STÄDTETAG 2023 in Erlangen
14.11.2023	Vorstandssitzung in München
16.11.2023	Pressekonferenz in München

- abgeschlossen am 18.07.2022 -